

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Oktober 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 117.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Eine Konferenz der Gauvorsteher. — Immer wieder: Zurückhaltung der Leistungen. — Die Spiegelgesellen der Scharzmacher (Zur Charakteristik des „christlichen“ Gutendbergbundes und seiner unchristlichen Handlungen). VII.

Das Buchgewerbe im Ausland: Großbritannien. — Spanien. — Brasilien.

Korrespondenzen: Warmen. — Bielefeld. — Götting. — Rottbus. — Krefeld (M. G.). — Leer. — Leipzig (Schr.). — Schwerin i. Meck. — Trier (M. M.).

Rundschau: Zum Vertriebsunfall in Erfurt. — Gehilfenprüfung. — Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. — Die Tarifvertragsfrage im Berliner Stadtparlament. — Die Forderung. — Arbeitgebererörternis. — Maßnahmen von Baubeamten in Leipzig. — Ein „christlich-nationaler“ Krankenversicherungsband. — Die christlichen Gewerkschaftsstatuten. — Esperanto keine Sprache. — Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invaliden- und Altersversicherung.

Eine Konferenz der Gauvorsteher

war zum 30. September nach Berlin einberufen worden, um über die gegenwärtige Situation zu beraten und die dem Verbandsvorstande gemeinsam mit den Gauvorständen von der Generalversammlung in Hannover überwiesene Vorarbeit der Reorganisation unserer Unterstützungszweige zu erledigen. In Anbetracht dieser umfangreichen Aufgaben waren von vornherein vier Tage für die Konferenz vorgesehen, die sich auch als notwendig erwiesen, so daß die Verhandlungen erst am 3. Oktober beendigt wurden und somit diese Gauvorsteherkonferenz eine der längsten Tagungen dieser Art war.

Neben dem vollzählig erschienenen Verbandsvorstand und sämtlichen Gauvertretern nahmen die Vorsitzenden der Zentralkommissionen der Sparten sowie zwei Mitglieder der Redaktion des „Korr.“ an den Beratungen teil.

Die Aussprache über die gewerbliche und tarifliche Situation war eine sehr ergebnisreiche. Die Reflexe auf die Tarifrevision, auf die Einführung des neuen Tarifs und die Vorgänge bei dem Scherl-Konflikt in Berlin erbrachten vollständige Beweise für die Wichtigkeit des von dem Verbandsvorstande, den Gauvorständen und den Gehilfenvertretern eingenommenen Standpunktes wie für die von der Verbandsleitung im besondern getroffenen Maßnahmen. Zu bedauern sei, daß in Mitgliederkreisen es so oft noch schwer falle, das einzusehen. Bei jedem Anlaß verfallt man, namentlich in den Großstädten, wieder in den alten Fehler, alles vergessen und nichts aus der früher gewonnenen Erkenntnis gelernt zu haben.

Die Tarifeinführung vollzog sich auch nach den Darlegungen der Gauvorsteher im allgemeinen glatt. Selbst in betreff der Zulagen für die Höherentlohnnten konnte im großen und ganzen Befriedigung ausgesprochen werden. Allerdings seien auch recht unerfreuliche Ausnahmen vorgekommen, und was im Kreise II sich in dieser Beziehung abgespielt, gab Anlaß zu sehr berechtigter Kritik. Mit Bedauern wurde konstatiert, daß die Leitung des Deutschen Buchdruckervereins so wenig Einfluß auf den Kreis II besitze. Wenn im Verbandsrat eine ähnliche Eigenmächtigkeit gezeigt haben würde, wären sicher von der Prinzipalsorganisation und der „Zeitschrift“ Vorwürfe gegen den Verbandsvorstand erhoben worden, daß seinen Intentionen von unsern Mitgliedern so wenig entsprochen werde. Wenn bei der Gehilfenschaft solche Vorgänge verbittern wirken, so sei das wahrlich nicht zu verwundern. Die weiteren Wahrnehmungen wie: Entziehung der Ferien in größerem Maße; „Aus-

gleiche“ in der Bezahlung, indem den besser Entlohnnten genommen wurde, um die tariflichen Verbesserungen zu bestreiten, was speziell in Berlin eine gar nicht seltene Erscheinung gewesen ist; das geradezu auffällige Einstellen nur zum Minimum, selbst in recht ertragsfähigen Geschäften (Hamburg); die fortgesetzten Klagen über Zurückhaltung der Leistungen mit dem verschiedentlich gehörten Verlangen, daß eine zehnprozentige Lohnerhöhung auch eine Steigerung der Produktion von Seiten der Gehilfen um 10 Proz. zur Folge haben müsse; die verschärfte Arbeitskontrolle mit den in der „Zeitschrift“ gemachten Vorschlägen, sie noch strenger zu gestalten — das alles seien ernste Momente, die auf Gehilfenseite den Eindruck erwecken müssen, daß es in Prinzipalstreifen vielfach nicht auf eine friedliche und gedeihliche Entwicklung des gegenseitigen Verhältnisses abgesehen ist. Übereinstimmend konnte festgestellt werden, daß noch nach keiner Einführung eines neuen Tarifs sich solche Erscheinungen gezeigt haben. Übereinstimmend herrschte mit der Verbandsleitung aber auch darüber, daß ein Tarifabschluß, der solchermaßen von den Prinzipalen kritisiert und frustifiziert werde, für die Gehilfenschaft nicht ungünstig sein könne, wie er nach den Tarifverhandlungen vielfach und speziell von der Mehrzahl der Sparten als schlecht bewertet und angegriffen worden ist. Der Verbandsvorstand gab der Konferenz Kenntnis von den seinerseits unternommenen Schritten, die Prinzipalsleitung auf die durch ein derartiges Verhalten und solche Maßnahmen hervorgerufene Stimmung in der Gehilfenschaft aufmerksam zu machen und auch um Abstellung zu ersuchen. Als einziges Resultat ist jedoch nur die Mitteilung zu verzeichnen, daß der Hauptvorstand die Entziehung der Ferien weder veranlaßte noch billigt. Wie man von der Haltung der Verbandsleitung in diesen Fragen befriedigt war, so auch mit der in bezug auf die Behandlung dieser und ähnlicher Vorgänge im Prinzipalslager vom „Korr.“ eingenommenen Stellung.

Aus der Besprechung der Spartenangelegenheiten ging hervor, daß es bei diesen zumeist noch nicht möglich war, sich in die vornehmlich durch die technische Entwicklung geschaffenen Zustände so einzuleben, wie es die Verhältnisse erfordern und wie es die letztmaligen Generalversammlungen und Gauvorsteherkonferenzen als im Interesse der Organisation liegend erachtet haben. Es zeigten sich immer wieder Auswüchse und die dem Tarifabschlusse gewordene Aufnahme in Spartenkreisen habe vollends nicht bewiesen, daß man das Gesamtinteresse über das des Spezialberufs zu stellen vermag. Die Erfahrungen mit dem neuen Tarife hätten jedoch, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, den gehegten Befürchtungen nicht recht gegeben. Das sollte doch eingesehen werden, zumal die von den Sparten angefertigten Erhebungen das selbst nicht bestätigen. Mit der Segmaschine befänden wir uns auch ohne den neuen Tarif in einem für die Gehilfen schwierigerem Übergangsstadium, das jedoch nicht auf Kosten der Maschinensetzer, sondern der der Handsetzer sich vollziehe. Es konnte von informierter Seite hierbei mitgeteilt werden, daß die Bestellungen von Segmaschinen jetzt wieder eine rückläufige Bewegung zeige. Wenn von Prinzipalsseite jedoch mehrfach

zum Ausdruck gekommen sei, daß die erhöhten Leistungen noch nicht den wirklich zu verlangenden entsprechen, so wurde das von der Konferenz einfach abgewiesen. Die Leistungsfähigkeit im neuen Tarife seien als Durchschnitt schon eine ausreichende Tüchtigkeit bei den Maschinensetzern voraus.

Im allgemeinen erklärte die Verbandsleitung, nicht auf dem Standpunkte zu stehen, daß die Sparten sich ausschließlich mit technischen Fragen und Angelegenheiten zu befassen hätten; es lasse sich die tarifliche Materie nicht immer ausschalten, es greife da zu viel ineinander. Über unstatthaft wäre, Verbandspolitik auf eigne Faust zu treiben; wo sich dazu Anläufe gezeigt hätten, mußte eben eingeschritten werden. Beklagt wurde der häufige Wechsel in den Zentralkommissionen. Wenn dieser Uebelstand beseitigt und ein besseres Einarbeiten dieser Spartenfunktionäre ermöglicht werden könnte, dann sei auch ein gesünderer Zustand zu erwarten. Die Debatte, die auch ergab, daß teilweise ein ganz gutes Verhältnis zwischen Verbandsleitung und Zentralkommissionen besteht, während andererseits ein gewisser Pessimismus an leitender Stelle nicht allenthalben geteilt werden konnte, lief dahin aus, daß einem Vorschlage des Verbandsvorstandes auf Einrichtung regelmäßiger Konferenzen mit den Zentralkommissionen entsprochen wurde.

In der Angelegenheit des für drei Schriftgießereien in Frankfurt und Offenbach abgeschlossenen besonderen Tarifs wurde festgestellt, daß er sich nur auf Galvanoplastiker bezieht, daß er von den betreffenden Personalen mit ihren Firmen abgeschlossen und gutgeheißen wurde, und daß weder der Verbandsvorstand noch das Tarifamt in der Lage waren, hier die von Angehörigen dieser Sparte erwartete Einwirkung auszuüben. Das Vorgehen in Leipzig zeige, daß eine Schlechterstellung der Stereotypenre und Galvanoplastiker in den Schriftgießereien auch von den berufenen Organen nicht gebilligt werde.

Die Konferenz hatte sich dann noch mit einer von dem Vorstand in Hamburg-Altona den Gauvorstehern übermittelten Druckschrift über die Differenz dieser Mitgliedschaft mit dem „Fremdenblatt“ zu befassen, die eine Erläuterung zu der vom Tarifamte darüber veröffentlichten Erklärung sein sollte. Die Aussprache über diesen Fall ergab, daß das Tarifamt, die Verbandsleitung wie den „Korr.“ kein Vorwurf treffe über die Behandlung dieser Differenz; ferner, daß die Darstellung der Angelegenheit in der Broschüre, wie sie sich vor dem Tarifamt abgespielt, einseitig und tendenziös sei. Eine Maßregelung eines in Betracht kommenden Vertrauensmannes im „Fremdenblatt“ war auch trotz persönlicher Verhandlung mit den Beteiligten vor dem Tarifamte nicht festzustellen. Die Entlassung wegen einmaliger Verweigerung von Überstunden seitens des betreffenden Vertrauensmannes sei unter den obwaltenden Umständen eine harte Maßnahme, und dem Prinzipale Broschel sei nicht nur darüber in der Tarifamtsverhandlung das Nötige gesagt worden. Die Verweiskaufnahme hätte aber für eine Maßregelung aus tariflichen Gründen keinen Anhaltspunkt ergeben. Über das Verhalten als Prinzipal wie das Wirken des Herrn Broschel als Prinzipalvorsitzender in Hamburg-Altona — im besondern über die nicht nur auf sein Geschäft sich erstreckende und durchaus un-

zulässige Anordnung, nur noch zum Minimum Einstellungen vorzunehmen, was in Hamburg tatsächlich auch vielfach illusorisch war — herrschte nur eine Stimme der Verurteilung und Übereinstimmung dahin, daß einem solchen Beginnen aus tariflichen wie organisatorischen Gründen gewehrt werden müsse. Entschieden wurde aber auch die im Druck erschienene Darstellung dieser Differenz gemißbilligt, womit die erhobenen Vorwürfe gegen die Tarif- und die Verbandsinstanzen in sich zusammenfielen.

Selbstverständlich spielte bei Besprechung der allgemeinen und der tariflichen Lage die Breslauer Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins eine große Rolle. Daß die Mehrheit in der Prinzipalsorganisation mit der bisher vertretenen Tarifpolitik nicht mehr einverstanden sei und die Neigung, andre Wege in dieser Beziehung einzuschlagen, stark vorhanden ist, könne gar nicht bestritten werden. Die Bildung eines Fonds für besondere Zwecke wäre nichts anderes als ein Abwehrfonds gegen die Gehilfenschaft resp. gegen den Verband. In der Schaffung einer besonderen Tarifkommission sei der Vorwurf gegen die Prinzipalsvertreter im Tarifausschusse zu erblicken, die Prinzipalsinteressen bisher vernachlässigt zu haben. Die Gründung besonderer Vereine innerhalb des Deutschen Buchdruckervereins sei ein Vorgang, der die Situation noch deutlicher kennzeichne. Wenn das im Verband eingetreten wäre, hätte man von der Prinzipalsleitung sowohl wie aus dem Deutschen Buchdruckerverein insgesamt bestimmt die ernstesten Vorstellungen beim Verbandsvorstand erwarten und dies als eine Gefährdung des gewerblichen Friedens bezeichnet hören müssen. Die neuesten Vorgänge im Kreise II hätten nun vollends klar gemacht, wohin die Fahrt gehen soll oder doch gehen kann, wenn in der Prinzipalsorganisation sich nicht ein Widerstand gegen derartige Strömungen und Bestrebungen erhebt. Die Gauvorsteherkonferenz war sich darüber einig, daß eine solche Veränderung in der für die Tariffache maßgebenden Prinzipalsorganisation auch eine veränderte Stellungnahme des Verbandes zur Folge haben müsse, zumal die oppositionellen Bestrebungen im Prinzipalslager nicht nur einen tariffeindlichen, sondern auch einen verbandseindlichen Charakter trügen. Von unsrer Seite müßten entsprechende Gegenmaßnahmen erfolgen, wenn es nicht gelinge, eine Klarstellung über die geschaffene Situation von der Prinzipalsleitung zu erreichen. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, zu diesem Zwecke mit der Prinzipalsleitung in Verbindung zu treten. Sollte es nicht gelingen, auf diesem Wege zu einer Verständigung zu gelangen, so müßte eine weitere Konferenz das Erforderliche zur nachhaltigen Wahrung der Gehilfeninteressen und des Verbandes beschließen. In Rücksicht auf die im Prinzipalslager vorhandene Gärung, deren Förderer zur Begründung ihrer Stellungnahme nachweisbar eifrigst bemüht sind, das Material dafür aus Vorgängen in Gehilfenkreisen zu gewinnen, ist aber den Mitgliedern des Verbandes dringendst aufzugeben, alles zu unterlassen, was geeignet wäre, die Tariftreue der Gehilfenschaft und des Verbandes irgendwie in Zweifel zu stellen. Die Gehilfenschaft muß vielmehr auf das eifrigste bemüht sein, sich in Versammlungen und in den Betrieben so korrekt wie möglich zu benehmen, damit für alle Fälle auch der Öffentlichkeit gegenüber der Nachweis geführt werden kann, daß der gewerbliche Frieden nicht durch die Gehilfenschaft, sondern einzig und allein durch die Prinzipalität gestört worden ist.

Es traf sich gut, daß während der Konferenz die „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 79 einen signierten Artikel brachte, der sich in einer Weise mit den jüngsten Veröffentlichungen des „Korr.“ beschäftigt, die viel zu denken gibt. Daß in Prinzipalskreisen diese Mitteilungen des Verbandsorgans unangenehme Wirkungen auslösen würden, konnte man voraussehen. Indessen bedachte der „Korr.“ doch nur Tatsachen, nahm keinerlei Unterstellungen vor und ließ sein lebhaftes Bedauern über diese Vorgänge durchblicken, die in dem angezogenen Artikel auch mit keinem Worte bestritten werden. Der „Korr.“ hat zudem in keiner Weise bei dieser

Gelegenheit gegen den Deutschen Buchdruckerverein eine unfreundliche Stellung eingenommen, sondern deutlich erkennen lassen, wie sehr derartige Strömungen zu beklagen sind im Interesse der Aufrechterhaltung eines befriedigenden Einvernehmens zwischen den beiden Organisationen, die die Träger der Tarifgemeinschaft sind und demzufolge alles zu tun haben, was dieser nützlich ist. Wenn nun in der „Zeitschrift“ der Unmut über die Besprechung solcher unerquicklichen Vorgänge in der Weise zum Ausdruck kommt, als ob der „Korr.“ als Friedensstörer auftritt, wo doch die Tatsachen laut dafür sprechen, daß Prinzipalskreise in dieser Richtung leider nur zu eifrig am Werke sind, so berührt das sehr eigenartig. Es ist die Wahrnehmung nicht nur einmal zu machen gewesen, daß von der Prinzipalsleitung gegen Unterströmungen und Maßnahmen, wie sie häufiger schon im Kreise II zu konstatieren waren, kein Wort des Mißfallens öffentlich fiel, während andererseits über Vorkommnisse in den Reihen der Gehilfenschaft die „Zeitschrift“ sich mehrmals recht scharf ausließ. Wenn der Artikelschreiber sich da auf den Standpunkt stellt, das ginge den „Korr.“ nichts an, so weiß man wirklich nicht, was man dazu sagen soll. Es ist ein lässliches Zusammentreffen, daß erst in einer Nummer zuvor in einem vom „Korr.“ bereits kurz erwähnten Artikel (siehe den nachfolgenden Aufsatz) ein Einschreiten der Verbandsleitung gegen einen behaupteten Mißstand bei der Gehilfenschaft strikt verlangt wird. Wenn zwei daselbe tun, ist es also nach den in Gewerbepolitik recht schlecht machenden Artikeln der „Zeitschrift“ nicht daselbe. Der „Korr.“ hat ebenso wie das Prinzipalsorgan die Vertretung von Buchdruckerinteressen zur Aufgabe und davon wird er sich nicht abhalten lassen, auch wenn es in einem besonderen Falle der Prinzipalsleitung nicht gefällt. Der „Korr.“ hatte also Veranlassung genug, sich über die Vorgänge in Rheinland-Westfalen, die dem gewerblichen Frieden unbefreitbar abträglich und auch als verbandseindlich anzusehen sind, wie gesehen zu äußern. Wenn das in anderer Form erfolgt wäre, hätte das Verbandsorgan sicherlich damit auch nicht den Befehl der Prinzipalsleitung gefunden. Im übrigen nimmt es sich doch seltsam aus, daß die Freiheit der Meinungsäußerung von einem Buchdruckerorgane so unangenehm empfunden und als anmaßend resp. überheblich bezeichnet wird. Da der „Korr.“ seine Informationen von Prinzipalen erhalten hat, von denen er weiß, daß sie es mit der Tariffache durchaus ehrlich meinen und unter allen Umständen einen Konflikt mit der Gehilfenschaft vermeiden wissen wollen, so überlassen wir es dem Urteil aller wahren Tarifreuen, wenn diejenigen, die den „Korr.“ in der besten Absicht unterrichteten, unerblickt als unreinlich fließende Quellen charakterisiert werden. (Schluß folgt.)

Immer wieder: Zurückhaltung der Leistungen.

Als im vorigen Jahre gleichsam wie auf Verabredung die Artikel über „Leistung — Gegenleistung“ in der „Zeitschrift“ erschienen, hatte man das unwillkürliche Empfinden, daß man damit nur Stimmung gegen die Gehilfen angeht, der bevorstehenden Tarifrevision machen wolle. Nachdem damals in mehreren Artikeln des „Korr.“ Vernehmung gegen die darin enthaltene Behauptung der Zurückhaltung mit den Leistungen eingeleitet worden ist, sollte man meinen, daß man nun versucht hätte, Beweise über das den Gehilfen zum Vorwurfe gemachte Verhalten zu erbringen, oder daß man es unterlassen würde, in allgemeiner Form den Vorwurf zu wiederholen. Während man aber von einer Beweisführung nichts gehört hat, muß man zurzeit wieder einmal des Bitteren wahrnehmen, wie man in Prinzipalskreisen die Allgemeinheit der Gehilfen durch diese Zurückhaltung herabzusetzen bemüht ist. Alles bisher Dagegenes übertrumpft aber der Einsender eines Artikels in der „Zeitschrift“, dessen Ausführungen geradezu zu einem Proteste herausfordern. Es kann nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, auf das schon so oft behandelte Kapitel der vermeintlichen Zurückhaltung mit den Leistungen selbst einzugehen, da ja der Einsender von vornherein alle Gegenbeweise ausschlägt, indem er ausführt:

Die Behauptung der Zurückhaltung mit den Leistungen seitens der Gehilfen ist bei den Buchdruckerbesitzern so allgemein, daß alle Resolutionen

der Gehilfen gegen diese Behauptungen die leider bestehende Tatsache nicht aus der Welt schaffen können. Mit dieser Argumentierung ist natürlich alles „bewiesen“, und der Einsender zerbricht sich nicht lange den Kopf, worin die „leider bestehende Tatsache“ eigentlich zu suchen ist.

Auf Grund eines Falls, der sich irgendwo zugetragen haben soll und den man natürlich zweidienlich zurechtgestutzt hat, bei dem man aber selbst zugeben muß, daß die Gehilfen endlich auf Eingreifen der Gauleiter des Verbandes ihren Widerstand aufgaben und die Weigerung zurücknahmen“, kommt dann der Einsender zu folgender ungeheuren Verdächtigung der gesamten Gehilfenschaft, indem er schreibt:

Die ganze Stimmung in den Gehilfenkreisen ist nun einmal in prinzipalsfeindlichem Sinne beeinflusst. Und weiter schreibt er dann:

Es zeigt sich hier der ungeheure Gegensatz, der sich überall und nicht zum wenigsten in unserm deutschen Vaterlande zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herausgebildet hat, daß der letztere im ersten nur seinen Feind sieht, dem er auf jede Weise Abbruch zu tun sich berufen fühlt. Das sind die Folgen der sozialdemokratischen Verheerungen, die leider auch in den Reihen der Verbandsmitglieder ihren Einfluß zeitigen.

Die Verbandsleitung müßte solchen Einflüssen mit aller Entschiedenheit entgegen-treten.

Wie können es nicht glauben, daß die Mehrzahl der Prinzipale von der Wahrheit dieser Worte überzeugt ist. Woher nimmt der Einsender die Berechtigung zu der Behauptung? Wo und wann ist seitens der Verbandsleitung oder des „Korr.“ in prinzipalsfeindlichem Sinn auf die Gehilfen eingewirkt worden? Basiert schon das Tarifgemeinschaftsverhältnis auf einer andern Grundlage als einer prinzipalsfeindlichen, so ist doch die Kritik des Verbandes weit davon entfernt, im Prinzipal als solchen einen Feind zu sehen. Das Prinzipale mit einer so vorgefaßten Meinung wie der des Einsenders wahrscheinlich auch in keinem guten Verhältnis zu ihren Gehilfen stehen, wäre allerdings nicht verwunderlich. Andererseits konnte aber der „Korr.“ und auch die „Zeitschrift“ schon oft berichten, daß bei dieser oder jener Gelegenheit „das gute Einvernehmen zwischen Prinzipalen und Gehilfen“ zum Ausdruck kam.

Geht man den Klagen über die vermeintliche Zurückhaltung mit den Leistungen auf den Grund, so kommt man zu einem ganz andern Ergebnisse. Von einer mangelnden Kontrolle kann wohl gar nicht mehr die Rede sein, und wo sachmännische Kalkulation mit geschickter Disposition vereint sind, dürften sich auch die Erfolge erfreulich gestalten. Wo aber mitunter beides fehlt, da kann auch die raffinierteste Kontrolle das Geschäft auf keinen grünen Zweig bringen.

Wenn nun der Einsender unsrer Verbandsleitung den Auftrag gibt, „solchen Einflüssen“ entgegenzutreten, so können wir wohl mit weit mehr Recht der Leitung des Prinzipalsvereins den Rat erteilen, nun endlich einmal in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß mit diesen grundlosen Verdächtigungen der Allgemeinheit aufgeräumt wird. Wo Grund zu solchen Klagen vorhanden ist, Sorge man für Abhilfe durch die in Betracht kommenden Instanzen. Man verschone aber die Allgemeinheit mit den immer wiederkehrenden Beschuldigungen. Das kann nur dazu führen, daß man die Allgemeinheit der Prinzipale für solche Auslassungen verantwortlich macht und dadurch die Gehilfenschaft prinzipalsfeindlich beeinflusst wird. Und daß die Prinzipale durch derartige Artikel gehilfenfeindlich beeinflusst werden, dafür sprechen so manche Fälle, u. a. die gerade in diesem Jahre so oft in Erscheinung getretene Rückgängigmachung von Vergünstigungen, wofür der Einsender den Mehrlohn als Grund angibt. Da es aber noch eine Anzahl verständige Prinzipale gab, die trotz dem Mehrlohn die Vergünstigungen erweitern konnten, so scheint wohl der Grund zu der Zurückhaltung mit den Leistungen“ bei den Prinzipalen auf andern Gebieten zu suchen sein.

Wenn der Einsender zum Schluß meint:

Läßt diese Spannung nach, dann wird man auch allseitig den zukünftigen Verhandlungen über einen neuen Tarif mit mehr Ruhe entgegensehen, und die Arbeit der Scharfmacher und Tariffreue wird einen weniger günstigen Boden finden, so daß das Weiterbestehen der Tarifgemeinschaft gewährleistet würde und dadurch Ruhe und Frieden im Gewerbe erhalten bleiben, an dem Prinzipale und Gehilfen ein gleich großes Interesse haben,

so hat dies wenig zu sagen. Erst gibt man den Scharfmachern und Tarifgegnern Material gegen die Tarifgemeinschaft und dann wünscht man, daß durch diese Ruhe und Frieden im Gewerbe erhalten bleiben möge. Das gleich große Interesse, das Prinzipale und Gehilfen an der Tarifgemeinschaft haben, basiert auf einer gegenseitigen Verständigung. Nicht Gegenfuge zu schaffen, sondern die vorhandenen zu überbrücken, das ist es, was beide Teile als ihre Aufgabe betrachten müssen. So wenig wir in der heutigen Wirtschaftsforn Interessengegenfuge aus der Welt schaffen können, um so mehr kann der Klassenkampfstandpunkt doch durch die Verständigungspolitik gemildert werden. Wer sich dieser Einsicht verschließt und den andern Teil von vornherein als seinen Gegner und Feind betrachtet, schießt sich davon aus, ein Förderer des Tarifgemeinschaftsgedankens zu sein.

Breslau.

H-1.

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 8. Oktober 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 117.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

worfen sind. Es soll versucht werden, bei der Tarifrevision Besserung herbeizuführen. Die Bekanntgabe des Zirkulars der Zentralkommission vom 27. August, Konferenz oder Kongress betreffend, löste eine äußerst rege Diskussion aus. Alle Redner bedauerten, daß eine Aussprache, gleichviel ob Konferenz oder Kongress, nicht zustande komme, obwohl doch genügend wichtige berufliche Fragen eine derartige Aussprache erfordern. Die meiste Schuld hieran trage die Zentralkommission durch ihre zu späte Stellungnahme hierzu. Auch lasse die Zentralkommission eine bestimmte Direktive recht vermissen. Jede Gewerkschaft überläßt man sich selbst. In den einzelnen Gewerkschaften bestehen heute noch Lokal- oder Hausparteien, und es wäre wohl angebracht und auch möglich, hier eine Verständigung untereinander zum Wohle der Allgemeinheit durchzuführen. Einige Stellen in dem Zirkulare fordern zum Widerspruch geradezu heraus, doch soll dies hier unerörtert bleiben. Mit der Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten fand die sehr gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Schwerin i. M. Zu der am 28. September stattgehabten außerordentlichen Versammlung (verbunden mit Johannisfestdruckausstellung) hatte Gauvorsteher Emil Albrecht (Köln) das Referat: „Die gegenwärtige Situation im Gewerbe und unsere Aufgaben“, übernommen. In anberathendstündigen Ausführungen schilderte Redner die ganzen Verhältnisse innerhalb des Organisationslebens, speziell die Verhältnisse im Kreise II gebührend beleuchtend. Anwesend waren außer 20 Kollegen aus den umliegenden Druckorten 103 von 150 Mitgliedern unseres Vereins. Wenn schon diese Ziffer nicht als schlecht zu bezeichnen sind, so fehlt immer noch der Beweis der alten Kollegen, daß sie nicht nur Vorbilder waren, sondern auch sein und bleiben wollen. Also auch diesen galt besonders die Mahnung des Referenten zum Vorangehen im Vereinsleben. Die anregende Versammlung wurde nach kurzen Erläuterungen unseres Gauvorstehers dahinde sowie des Vorsitzenden des Vereins geschlossen. Eine größere Zahl Versammlungsteilnehmer verblieb nach einigen Stunden gemüthlich beisammen.

Trier. Maschinenmeisterklub — Vierteljahrsbericht. Im letzten Vierteljahr fanden drei gutbesuchte Versammlungen statt, in denen die Besprechung technischer Fragen erfolgte. Auch drei Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. — Am 22. September fand eine Besichtigung der Papierfabrik von Eugen Lamort in Manternach (Luxemburg) statt. Hier konnte jeder Kollege einen Einblick erhalten in die Herstellung des Papiers, zumal der Betrieb in Tätigkeit war. Der Firma sei für ihr Entgegenkommen sowie dem Geschäftsführer Herrn Fich für seine technischen Erläuterungen unser Dank ausgedrückt. Im Anschluß an die Besichtigung fand bei der in Verbindung mit dem Gesangverein „Appograpia“ (Trier) arrangierte Ausflug nach Luxemburg statt. Das schöne Herbstwetter hätte es mit den Veranstaltungen nicht besser meinen können. Gemüthliche Stunden waren es, die wir im Kreise luxemburger Kollegen bis zur späten Abendstunde verlebten.

Rundschau.

Zum Berufsunfall in Erfurt. In unserer Notiz über den schweren Unfall des Kollegen Kistler in der Ohlenroth'schen Druckerei in Erfurt, die wir der dortigen Presse entnahmen, wurde die Nichtanlegung eines Notverbandes auf den Mangel an Verbandsschutz in den Maschinenfällen zurückgeführt. Das wurde uns auch aus Hilfskreisen angedeutet. Wie uns indessen die Firma Ohlenroth unter Bestätigung der Vertrauensleute des Personals mitteilt, befanden sich zur Zeit des Unfalles ein Hauptverbandstaft beim Hausmann des Betriebes, ferner je ein Verbandstaft im Zeitungssektor, im Zeitungsdrucksaal, in der Buchbinderei und in der Kglerei. Bedüglich im Hinblick auf die Tatsache, daß der aufzufindende Arzt in unmittelbarer Nähe des Betriebes wohnte, wurde der Verletzte diesem ohne jegliche Verzögerung von dem begleitenden Arbeitkollegen unter Nichtanspruchnahme des Verbandstaftens zugeführt. Neben einer erheblichen Quetschung erlitt der Verunglückte den Riß einiger kleinerer Blutadern. Die Pulsader wurde dagegen nicht verletzt.

Gehilfenprüfung. Vor dem Prüfungsausschüsse für das Buchdruckgewerbe in Krefeld bestanden zwei Seher und ein Maschinenmeister aus Kempen a. Rh. ihre Gehilfenprüfung. Der Maschinenmeister erhielt das Prädikat „Sehr gut“, ein Seher „Gut“ und der zweite „Genügend“.

Internationale Ausstellung für Buchverbe und Graphik Leipzig 1914. Die allgemeinen Vorbereitungen für die internationale Ausstellung für Buchverbe und Graphik Leipzig 1914, insbesondere die Arbeiten für die

Bildung der Arbeitsausschüsse der einzelnen Gruppen, sind soweit vorgeschritten, daß sich schon jetzt ein bestimmtes Bild über den Inhalt und Umfang der Ausfertigung gewinnen läßt. Die Gruppeneinteilung steht vollkommen fest und die verschiedenen Arbeitsausschüsse werden nunmehr ihre Arbeit aufnehmen, nachdem die einzelnen Verwaltungsausschüsse schon eine ganze Reihe von Sitzungen abgehalten haben. Um nun über die für die Tätigkeit der einzelnen Arbeitsausschüsse einzuschlagenden Wege und die hierfür auszustellenden gemeinsamen Grundzüge eine Übereinstimmung zu erzielen und um ferner die im Interesse der Arbeit sehr wünschenswerte Bekanntheit der Mitglieder der einzelnen Ausschüsse zu ermöglichen, wird eine gemeinsame Tagung sämtlicher Arbeits- und Verwaltungsausschüsse der Ausstellung Sonnabend, den 12. Oktober, und Sonntag, den 13. Oktober, in der Gutenberghalle des Deutschen Buchgewerbehauses stattfinden. In dieser Tagung werden voraussichtlich etwa 300 Personen aus allen Ecken Deutschlands teilnehmen.

Die Tarifvertragsfrage im Berliner Stadtparlament. In der öffentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordneten am 3. Oktober stand ein Antrag der Sozialdemokraten zur Debatte, wonach der Magistrat mit den in Betracht kommenden Arbeiterverbänden über Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages für die städtischen Arbeiter und Angestellten in Verhandlung treten soll. Der Stadtverordnete Bloede begründete den Antrag. Er wies darauf hin, daß der Antrag den Wünschen der städtischen Arbeiter gerecht werde, die ein Anrecht darauf haben, in ihren Löhnen den Arbeitern der Privatindustrie möglichst gleichgestellt zu werden. Die Lohnsätze in den einzelnen Verwaltungszweigen zeigen eine solche Verschiedenheit, daß ein kollektiver Arbeitsvertrag dringend notwendig erscheint. In der Privatindustrie seien solche Kollektivverträge schon im Schwange und man habe gute Erfahrungen damit gemacht. Der Kollektivvertrag sei eine außerordentliche Erleichterung für die städtische Verwaltung sowohl für die Aufstellung des Etats als auch zur Hebung des Vertrauens der Arbeiterschaft zu den Behörden. Demgegenüber trat der national-liberale Stadtverordnete Goldschmidt mit allerhand „kleinlichen Spitzfindigkeiten und Bedenken auf. Er veruchte die frühere Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen die Tarifverträge gegen die Antragsteller auszuspielen und bemühte sich durch Aufzählung von verschiedenen „Terrorismussfällen“, frei nach christlich-nationaler Einbildung und Annahme, das „Spitzen sozialdemokratischer „Monopolisten“ an die Wand zu malen. Ihm wurde von dem freisinnigen Stadtverordneten Müller unter lebhaftem Beifalle der Sozialdemokraten zwar zunächst begreiflich gemacht, daß es ganz nebensächlich sei, wie sich die Sozialdemokraten früher zu dem Tarifgedanken gestellt haben; im übrigen war aber auch dieser Herr dagegen, daß Tarifverträge mit den Organisationen abgeschlossen werden, das könne die Stadt nur mit den Arbeitern selbst. Daß solche Verträge aber auch mit den Angestellten abgeschlossen werden sollten, lehnte er entschieden ab. Stadtverordneter Dove erkannte an, daß Tarifverträge an sich möglich sind, und daß sie auch von Organisation zu Organisation abzuschließen sind, aber aus letzterem Grunde wären sie für städtische Betriebe ungeeignet; schließlich erklärte er sich aber für eine gründliche Prüfung der Durchführbarkeit des Antrags. Nach einer scharfen Beleuchtung der arbeitserfindlichen Haltung des Stadtverordneten Goldschmidt bedauerte noch mit Recht der Stadtverordnete Sassenbach, daß Goldschmidt die überaus wichtige Diskussion über die Tarifverträge zu einer ganz kleinlichen Organisationszänkerei gemacht habe. Er habe damit etwas getan, was er später noch einmal sehr bereuen werde; denn der Gedanke der Tarifverträge sei dadurch nicht gestärkt worden. Hierauf wurde die Vorlage mit großer Mehrheit einem besonderen Ausschüsse überwiesen.

Die Teuerung. Das Endergebnis der Ermittlungen über die Lebensmittelpreise im August d. J. aus 193 Orten war eine Reichsindexziffer von 26,66 Mt. als den notwendigen Betrag zur Ernährung einer vierköpfigen Arbeiterfamilie in einer Woche nach der dreifachen Nation eines deutschen Seefeldaten berechnet. In folgenden Landesteilen ergab sich eine noch höhere Indexziffer, und zwar in Maß-Votringen 27,98 (Wiltshausen 28,56), in Anhalt 27,63 (Wernburg 29,07), in Rheinland 27,62 (Köln 28,92), in der Provinz Sachsen 27,59 (Galle a. S. 29,31), in Posen 27,42 (Gnesen 28,95), in Baden 27,51 (Karlsruhe 29,34), in den Thüringischen Staaten 27,21 (Gera 28,23), in der Provinz Brandenburg 27,11 (Spanand 29,64), in Württemberg 27,06 (Stuttgart 27,39) und im Königreich Sachsen 26,86 (Meerane 28,59). Der teuerste Ort war danach im Berichtsmomente Spandau mit 29,64. Die Durchschnittsziffern für das ganze Reich in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres sind: Januar 24,69 (23,50), Februar 24,83 (23,61), März 25,18 (23,60), April 25,74 (23,80), Mai 25,52 (23,72), Juni 25,85 (23,97),

Juli 26,10 (24,37) und August 26,66 (24,65). Der Preisunterschied zwischen den einzelnen Monaten im laufenden und jenen des vorigen Jahres ist also durchweg zuungunsten des laufenden Jahres folgender: Januar 1,18 Mt., Februar 1,22 Mt., März 1,58 Mt., April 1,94 Mt., Mai 1,70 Mt., Juni 1,98 Mt., Juli 1,73 Mt. und August 2,01 Mt. Um vorstehende Beträge waren in diesem Jahr in den betreffenden Monaten die Reichsindexziffern höher als in den gleichen Monaten des vorigen Jahres. Die Spannung zwischen Januar 1911 und August beträgt 3,16 Mt., d. h. die Preissteigerung zwischen den beiden Zeitpunkten beträgt 13,4 Proz. und jene seit Beginn 1912 bis zum Monat August 7,9 Proz. Das Wort von der vorübergehenden Erschöpfung bezüglich der Teuerung wird also durch diese statistischen Erhebungen in aller Formügen gestraft. Besonders deutlich zeigt sich die Preisbewegung, wenn man die Fleischpreise im Monat August des laufenden Jahres mit jenen des gleichen Zeitpunktes früherer Jahre in Vergleich stellt. Es ergeben sich da nach der „Konjunktur“ folgende Durchschnittspreise pro Kilogramm in Pfennig:

August	Rindfleisch	Kalbsteisch	Sammelfleisch	Schweinefleisch
1909	156,0	173,8	169,5	163,3
1910	165,4	185,0	174,6	162,4
1911	169,9	185,6	183,6	146,8
1912	190,6	200,6	196,3	179,1

Sehr unerfreulich ist die Tatsache, daß bei allen Fleischsorten von der ersten zur zweiten Hälfte des August eine weitere Steigerung eingetreten ist. Von einigen Orten werden kaum glaubliche Preise berichtet. In Halle kostete ein Kilo Rindfleisch im August 2,23 Mt., in Potsdam 2,14 Mt. und in Magdeburg 2,05 Mt. Kalbfleisch stieg im Preise von der ersten zur zweiten Monatshälfte von Anfang 1,99 Mt. auf 2,02 Mt. In Altona aber kostete Kalbfleisch im August pro Kilo 2,35 Mt. und in Harburg 2,32 Mt. Der Durchschnittspreis für Schweinefleisch ist von Anfang auf Ende August von 1,74 Mt. auf 1,83 Mt. gestiegen.

Arbeitgeberterrorismus. Zur Binderung der Fleischteuerung hatte sich die Stadt Wachen entschlossen, „Fleisch aus Dänemark“ zu beziehen. Daraufhin kamen die widerspenstigen Fleischer überein, die Gesellen nicht mehr zu beschäftigen, welche der Stadt beim Verkauf des eingeführten dänischen Fleisches Hilfe geleistet haben.

Maßregeln von Bankbeamten in Leipzig. Wie wir bereits berichteten, ist unter dem Namen „Allgemeiner Verband der Deutschen Bankbeamten“ eine Gewerkschaft der Bankbeamten gegründet worden. Das hat in diesem Berufsstande die Gegner aller gewerkschaftlichen Bestrebungen auf den Plan gerufen, um die freiheitlichen Regungen der Bankbeamten zu ersticken. Einen Erfolg haben die Gegner insofern zu verzeichnen, als von der Leipziger Allgemeinen deutschen Kreditanstalt drei Bankbeamte gemahregelt wurden, weil sie Mitglieder des neuen Verbandes sind. Da die Direktion der Kreditanstalt auf einen Vermittlungsversuch des Verbandsvorsitzenden nicht einging resp. sich weigerte, die Maßregeln rückgängig zu machen, wurde ihr mit herzerfrühender Deutlichkeit in Leipziger und Berliner Protestversammlungen der Bankbeamten der Standpunkt klar gemacht. In einer Resolution wurde das brutale Eingreifen der Direktion in das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Angestellten aufs schärfste zurückgewiesen.

Ein „christlich-nationaler“ Krankenkassenverband. Am 29. September wurde, wie bereits angedeutet, in Köln eine neue Zerspaltung der Arbeiterinteressenverbände zur Tat, und zwar durch Vertreter der dem sogenannten deutschen nationalen Arbeiterkongress angehörenden Arbeiterorganisationen nationaler, christlicher und kirchlicher Dunderscher Richtung. Die neue Vereinigung nennt sich Verband deutscher Krankenkassen und ist als Gegenorganisation gegen den Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen und gegen die Centrale für das deutsche Krankenkassenwesen, die die Interessen der Versicherten im Sinne der freien Gewerkschaften vertreten, zu bewerten. Der neue Verband will sich nur auf nationaler Grundlage aufbauen sowie frei von „sozialdemokratischer Leitung und Aufsicht“ sein und rechnet auf die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien und Presse. Wenn man nun weiß, daß die Krankenkassenverbände, die bisher die Interessen der Versicherten im Sinne der freien Gewerkschaften vertreten haben, mit der sozialdemokratischen Partei gar keine Verbindung haben und von dieser Partei auch völlig unabhängig sind, so bleibt als Erklärung für die neue Gründung nur übrig, daß weniger Arbeiterinteressen als vielmehr die Wahrung von Unternehmerinteressen die Triebfeder bilden. Das wird auch dadurch bestätigt, daß der neue Verband in der ganzen Unternehmerpresse sympatisch begrüßt wird, was wir nachträglich noch feststellen wollen.

Die christlichen Gewerkschaftstarelle. Am Schlusse des vorigen Jahres gab es in Deutschland 245 christliche Gewerkschaftstarelle. Gegen das Jahr 1910 bedeutet das eine Zunahme von 33. Dem christlichen Generalsekretär

